

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zum Palästinakonflikt

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen,
- Gespräche mit der PLO in Tunis aufzunehmen,
- dem Beispiel Spaniens, Griechenlands und Frankreichs folgend, den PLO-Vorsitzenden Yasir Arafat offiziell in Bonn zu empfangen,
- der Bonner PLO-Vertretung Botschaftsstatus zuzugestehen,
- sich im Rahmen der EG, der Vereinten Nationen und bei den USA für das Zustandekommen einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz einzusetzen, um darauf hinzuwirken, daß an der Seite eines freien und sicheren Israels in den bislang noch von Israel besetzten Gebieten ein freier und sicherer Staat Palästina entstehen kann.

Bonn, den 25. Oktober 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Der Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten dauert bereits mehr als 22 Monate. Er ist der Ausdruck einer tiefen Ablehnung gegen die nunmehr 22 Jahre währende Besatzung der Westbank und des Gaza-Streifens und der Forderung nach politischen Rechten für das palästinensische Volk.

Es ist zu würdigen, daß der Aufstand in Form zivilen Widerstands durchgeführt wird. Bedrückend hingegen ist das brutale Vorgehen der israelischen Armee gegen die unbewaffnete palästinensische Bevölkerung, insbesondere gegen Kinder. Verletzungen der

Allgemeinen Menschenrechte, vor allem der 4. Genfer Konvention (Exilierungen, Administrativhaft, Kollektivstrafen, das Gefängnislager Ketziot/Ansar III) gehören inzwischen zum Alltagsgeschehen, wie das u. a. im Menschenrechtsbericht des US State Departments dieses Jahres dokumentiert ist.

Die Zahl der Opfer bewegt sich zwischen 517 und 650 Toten und 30 000 bis 40 000 Verletzten auf palästinensischer Seite und etwa 16 Toten auf israelischer. Ein großer Teil der israelischen Bevölkerung, ganz besonders aber viele israelische Soldaten befinden sich in einem moralischen Dilemma gegenüber der Situation in den besetzten Gebieten.

Dieser Zustand, das ist den meisten Betroffenen sowie Außenstehenden klar, darf nicht andauern.

Politische Schritte sind nun dringend geboten.

Der Palästinensische Nationalrat (PNC) hat im November 1988 die UNO-Resolutionen 242 und 338 und damit implizit das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen anerkannt.

Darüber hinaus hat der PNC den Staat Palästina proklamiert. Diesen Staat haben inzwischen etwa 100 Staaten anerkannt.

Im Dezember 1988 nahmen die USA den Dialog mit der PLO auf, weil die PLO auf der UNO-Vollversammlung in Genf die drei von den USA geforderten Vorbedingungen akzeptiert hatte (Anerkennung des Existenzrechts Israels, Annahme der UNO-Resolutionen 242 und 338, Absage an den Terrorismus).

Im selben Monat verdeutlichte Yasir Arafat bei seinem Besuch in Schweden abermals die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates und bestätigte nochmals explizit das Existenzrecht Israels.

Politische Schritte sind nun auch von Israel gefragt, um das Zustandekommen einer internationalen Friedenskonferenz zu ermöglichen, an der auch die PLO, die von den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga seit 1974 als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt ist, beteiligt sein muß.

Eine Lösung für den Konflikt um Palästina muß gefunden werden, damit das israelische und das palästinensische Volk endlich in Frieden und Sicherheit Seite an Seite in ihrer jeweiligen Staatlichkeit miteinander leben können.